

## Haushaltsrede

des Vorsitzenden Herbert Goldmann  
der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Anlage 3

## Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

der Kämmerer hat in seiner Haushaltsrede am 11.01.05 die Situation der öffentlichen Haushalte im Allgemeinen und die des Kreises Unna im Besonderen zutreffend beschrieben und daher auch aus Sicht der Finanzverwaltung weitestgehend die richtigen Konsequenzen gezogen.

Dies gilt insbesondere für die finanziellen Auswirkungen der Arbeitsmarktreform im Verhältnis der betroffenen Gebietskörperschaften untereinander.

Hier hat die Verwaltung aus meiner Sicht eine sachlich abgewogene Entscheidungsgrundlage erarbeitet, mit dem der Kreis und die kreisangehörigen Kommunen gut leben können, auch wenn das der Kreisvorstand der CDU und die CDU-Kommunalkonferenz, wie nachzulesen war, ja nun deutlich anders bewerten.



Dies gilt im übrigen auch für die Schaffung der inhaltlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen durch die Kreisverwaltung für Hartz IV, die nicht ganz zu Unrecht als besonderer Kraftakt beschrieben wurden und für die ich mich im Namen meiner Fraktion trotz einiger Kritikansätze für die Form der Ansprache und natürlich auch unübersehbaren Reibungsverlusten zwischen den Beteiligten, an dieser Stelle noch einmal recht herzlich bedanken möchte.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Wertung:

Ich halte es für fatal, dass durch die Arbeitsmarktreform die Mär von der Integrierbarkeit aller Erwerbslosen verbreitet wird, während die Realität zeigt: Hunderte von Bewerbern kommen auf eine einzige offene Stelle, Arbeitsplätze, die nur noch unter der Hand vergeben werden und kaum Chancen für Menschen, die die 45 überschritten haben.

Es zeigt sich, was vielen Fachleuten von Beginn an klar gewesen ist - Massenarbeitslosigkeit ist kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem. Allein mehr Druck auf Arbeitssuchende schafft nicht einen einzigen neuen Job, zumal von dem zweiten Ansatz, einer besseren Förderung, kaum noch die Rede ist.

Aus den genannten Gründen halte ich einen offenen und fairen Dialog des Kreises Unna und der ARGE mit den Betroffenen für unverzichtbar. Ich bin mir jedoch ziemlich sicher: Wenn die Arbeitsamtsagenturen ihren technokratischen Ansatz nicht aufgeben, wird die Arbeitsmarktreform scheitern.

Meine geehrte Damen und Herren,

wir sind heute in einer Situation, in der wir über die Anhebung der Kreisumlage von bislang 37 auf nunmehr 43,5 Prozentpunkte abzustimmen haben und einige öffentlichen Reaktionen machen deutlich, dass trotz aller Erklärungsversuche ob der finanziellen Auswirkungen von Hartz IV die Fragen immer deutlicher in den Raum gestellt werden:

- wie ist das Zusammenspiel zwischen Kreis und den kreisangehörigen Kommunen?
- welche Aufgaben müssen und sollen durch den Kreis Unna auch zukünftig wahrgenommen werden und
- wie geht der Kreis mit den finanziellen Ressourcen um?

Die Forderung der CDU-Kommunalkonferenz, dass sich der Kreis zukünftig auf die Erledigung seiner Pflichtaufgaben beschränken solle, zielt zwar in die gleiche Richtung, ist aber inhaltlich mehr als Dürftigkeit.

Für meine Fraktion und mich waren dagegen Ansätze wie Nachhaltigkeit, Transparenz und die Legitimation von Entscheidungsfindung Leitlinie bei den Haushaltsberatungen und sind somit auch Thema dieser Haushaltsrede, wohlwissend, dass einige unter Ihnen mir in den nachfolgenden Ausführungen nicht zustimmen werden.

Fakt ist: Die öffentlichen Haushalte sind die Grundlage der Politik.

Doch kommunale Haushaltspolitik gilt immer noch als "Königsrecht" von Politik und Verwaltung, das den Augen der " profanen Untertanen" weitestgehend entzogen werden muss, um einmal mit den Worten Richelieus zu sprechen.

Das es auch anders geht, wenn Politik und Verwaltung mit dem Bürger zusammenarbeiten, zeigt das Modellprojekt "Kommunaler Bürgerhaushalt" bei dem das Innenministerium und die Bertelsmannstiftung neue Wege der Bürgerbeteiligung beschritten haben.

Meine Damen und Herren,

Sie werden sich vielleicht erinnern. Der Innenminister Fritz Behrens hat alle Mandatsträger - auch des Kreises Unna - in einem persönlichen Schreiben nach der Kommunalwahl dieses Reformprojekt besonders ans Herz gelegt. Um es Ihnen nochmals in Erinnerung zu rufen: Ein Bürgerhaushalt dient dazu in verständlicher und transparenter Form über den Stand der kommunalen Finanzen zu informieren, Vorschläge und Anregungen zur Haushaltsgestaltung und -aufstellung zu diskutieren und Rechenschaft über deren Umsetzung abzuliefern. Die Erfahrungen aus den Projektkommunen - u.a. Hamm - liegen vor, und meine Damen und Herren, ich verspreche es Ihnen, deren Auswertung lohnt.

Insbesondere wird die Einschätzung, Bürgerbeteiligung sei nur etwas für kleinere oder gesunde Gemeinden gründlich widerlegt. Informations- und Konsultationsprozesse hängen nicht von der Einwohnerzahl oder der Haushaltslage ab, sondern von der Bereitschaft von Politik und Verwaltung neue innovative Instrumente und Verfahren auszuprobieren.

Die grüne Kreistagsfraktion unterstützt diesen Ansatz ausdrücklich und wird Ihnen hierzu in den nächsten Monaten Möglichkeiten vorstellen, diese neue Form der Bürgerbeteiligung auszuprobieren, sehen wir - und ich hoffe, vielleicht auch Sie - hierin eine Chance auch der Politik- und Wahlmüdigkeit vieler Bürgerinnen und Bürger zu begegnen.

Stichwort: Arbeit- und Wirtschaftsförderung

Kein Thema ist im Kommunalwahlkampf zwischen den Landratskandidaten so intensiv - nicht nur von den Gewerkschaften - zur Diskussion gestellt worden wie das Thema Arbeit- und Wirtschaftsförderung.

Und um es auch gleich vorweg zu nehmen - ich bin mir ziemlich sicher, dass sich der neue Landrat diesem Aufgabenfeld mit dem notwendigen Engagement und - genauso wichtig - mit neuen Betrachtungsansätzen zuwenden wird. Bei anderen Beteiligten habe ich da größere Zweifel, was die Bereitschaft zu einem erweiterten Lösungsansatz angeht.

Nach der Kommunalwahl haben die Grünen eine stärkere parlamentarische Steuerung und Beteiligung für den Bereich Arbeits- und Wirtschaftsförderung eingefordert durch einen - auch als deutliches Signal zu verstehenden - eigenständigen Ausschuss oder, als Kompromisslösung, Anbindung an einen bestehenden.

Reaktion: man wolle keine politische Konkurrenz zur WfG.

Die Stadt Fröndenberg hat m.E. diesen Überlegungen mit einem eigenständigen Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung beispielhaft Rechnung getragen.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass es mehr um personelle und nicht so sehr um inhaltliche Ansätze geht, denn sonst würden Gedanken nach einem kreisweiten Ansatz mit integrativen Charakter, über eine andere Zusammensetzung in den Gremien und eine stärkere Einbindung der Kreispolitik in die Wirtschaftsförderung nicht so brüsk zurückgewiesen.

Was passiert mit dem Geld, das wir als Kreis einsetzen?

Effektive Wirtschaftsförderung ist doch heute - und da werden Sie mir sicherlich zustimmen - mehr als Flächenvermarktung, wobei ich die Erfolge der Vermarktung nicht nur einzelner Gewerbegebiete überhaupt nicht in Abrede stellen möchte.

Wirtschaftsförderung ist heute nicht mehr ausschließlich flächen-, sondern personenbezogen zu sehen, um drohende Insolvenzen und damit verbundene Personalfreisetzungen zu verhindern.

Was wir brauchen, sind neben qualitativen Förderprogrammen speziell für den Mittelstand im Kreis Unna u.a. Schwachstellenanalysen bestehender Betriebe und Unternehmen sowie eine Weiterentwicklung infrastruktureller Angebote und Maßnahmen.

Unsere Gesellschaft wird immer älter und zwingt die Betriebe zum Umdenken. Die Bewältigung des demografischen Wandels steht ganz oben auf der Tagesordnung, um mit den Worten Harald Schartaus und unseres Ministerpräsidenten zu sprechen.

In 20 Jahren wird jeder Dritte in der Bundesrepublik 60 Jahre alt sein. Begriffe wie Vorbildfunktion der Alten, Chancen für die Gesellschaft, Verteilungskämpfe zwischen jung und alt prägen

zur Zeit die Diskussion. Die Stiftung Zukunft der Sparkasse Unna hatte zu diesem Thema am 25. Jan. zu einer hoch interessanten Diskussions Prof. Opaschowskiski, Leiter des Forschungsinstitutes Hamburg eingeladen.

Fazit: die beste Sozialpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik; die zukünftige Arbeitsmarktpolitik setzt heute in den bestehenden Unternehmen an, auch das ist Wirtschaftsförderung!

Ich habe eingangs die Frage gestellt:

- was macht der Kreis eigentlich; wie gehen wir mit den öffentlichen Mitteln um?

Ziel kann doch nur sein, eine öffentliche Diskussion zu führen, was von der öffentlichen Hand als einem modernen Dienstleistungsunternehmen erwartet wird und erwartet werden kann. Ist es wirklich noch zeitgemäß und kommunalverfassungsrechtlich unabdingbar, wenn u.a. öffentliche Aufträge in geheimer Sitzung vergeben werden müssen?

Ich weiß, dass die Grünen hierzu eine andere Auffassung vertreten als viele von Ihnen aus den anderen Parteien, aber glauben Sie wirklich, dass es zur Akzeptanz von Verwaltung und Politik beiträgt, wenn maßgebliche Entscheidungen z.B. zur Kreishaussanierung nur noch in einer Kommission gefällt werden?

Über Sanierungsumfang und Ausstattung eines öffentlichen Gebäudes darf doch allen Ernstes nicht nur noch hinter geschlossenen Türen gesprochen werden dürfen. Insofern bin ich mehr als zufrieden, dass auch die Verwaltung die Notwendigkeit erkannt hat, ein so sensibles und komplexes Thema wie die PCB-Belastung des Kreishauses in einer öffentlichen Kreisausschusssitzung zu behandeln.

Meine Fraktion spricht sich auch in diesem Zusammenhang für mehr Transparenz und eine stärkere Einbindung von Bürgern und Bürgerinnen aus.

In einer Zeit dramatisch knapper Kassen leuchtet nicht ein, warum nicht der Bürger in die Entscheidungen zum Erhalt oder zur Aufgabe bestehender Einrichtungen, des Mittel- und Personaleinsatzes und deren Zielsetzungen eingebunden werden kann.

Auch dies kann durchaus dazu beitragen, solche Einrichtungen zukunftssicherer zu gestalten. Wir alle sollten doch ein Interesse haben solche Entwicklungen, wie die des Kartoffelschälbetriebes zukünftig zu verhindern.

Das bedeutet aber auch, dass der Beteiligungsbericht des Kreises Unna zu einem qualitativ verwertbaren Steuerungsbericht umgestaltet werden muss. Wo stehen wir und wo wollen wir hin?

Die Verwaltung hat mit ihrer frühzeitigen Ausrichtung zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) einen wichtigen Schritt auf diesem Weg geleistet. Nun ist die Politik gefragt aus ihrer bisweilen passiven Rolle herauszutreten.

Ich komme daher gerne noch einmal auf den Kreishaushalt zurück. In diesen Tagen und Wochen ist immer wieder das Argument zu hören, der Kreishaushalt sei ein Umlagehaushalt und damit wie der Haushalt des Landschaftsverbandes auszugleichen.

Ich stimme in diesem Zusammenhang mit der Finanzverwaltung und den beiden großen Parteien überein, dass der Kreis seiner besonderen Verpflichtung gegenüber den kreisangehörigen Kommunen in den vergangenen Jahren mehr als gerecht geworden ist.

Aber, wenn der Kreishaushalt ein Umlagehaushalt ist, dann ist es nur logisch und konsequent ihm auch keine Funktion als Aktiendepot zukommen zu lassen.

Wir schleppen seit Jahren ein Aktienpaket allein der RWE mit einem Kurswert in Höhe von knapp 20 Mio. € mit uns herum, ohne dass nach meinem Eindruck über die Verfügbarkeit dieser Mittel mittel- und langfristig auch nur ansatzweise nachgedacht wird.

Keine Sorge, ich schreie heute nicht medienwirksam danach, dieses Kapital zur Abschwächung der Erhöhung der Kreisumlage einzusetzen, aber ich erwarte eine Perspektive, was nach Ansicht von Verwaltung und Politik mit dieser Beteiligung geschehen kann oder soll.

Ich streite mich gerne mit Ihnen, ob wir diese Mittel für Investitionen oder zum Schuldenabbau ganz oder tlw. einsetzen sollen.

Ich habe - einige von Ihnen werden sich vielleicht erinnern - vor rd. drei Jahren hierzu einen konkreten Vorschlag unterbreitet.

Wenn Sie auch das nicht wollen, so erwarte ich von Ihnen eine Erklärung, warum der Kreis an einem Unternehmen wie der RWE, welches uns ja in den vergangenen Wochen und Monaten nun deutlich genug aufgezeigt hat, wie es agiert, warum wir an einem solchen Unternehmen auch zukünftig beteiligt bleiben sollen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang werden Sie bestimmt gelesen haben, dass sich nicht nur die Städte Düsseldorf und Gelsenkirchen, sondern nun auch der Kreis Kleve von seinen RWE-Aktien trennen werden.

Meine Damen und Herren,

die Grünen werden heute dem Haushalt zustimmen.

Der Haushaltsplanentwurf ist beileibe nicht spektakulär und bietet Platz für Begehrlichkeiten, aber er ist eben auch ohne gravierende Mängel; inhaltlich und finanztechnisch solide aufgebaut und gestaltet.

Die CDU-Kommunalkonferenz erkennt insbesondere, dass Themen wie Umweltschutz, Gesundheits- und Verbraucherschutz sowie der Erhalt kultureller Einrichtungen gleichrangig zu den kommunalen Aufgaben zu sehen sind und die Lebensqualität des Kreises Unna ausmachen.

Die kurzsichtige Betrachtungsweise der CDU-Kommunalkonferenz erschreckt schon.

Ich kann mich im Namen meiner Fraktion für diese nicht selbstverständliche Kraftanstrengung beim Kämmerer und der gesamten Verwaltung nur bedanken, aber ich erwarte auch zukünftig eine Politik, die sich nicht mehr konstruktiven Ansätzen in den Bereichen Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Wirtschaftsförderung und der Bereitschaft mal über ein alternatives Stiftungsmodell ernsthaft nachzudenken verweigert.

Noch einmal in Kürze:

Die interkommunalen Aufgaben des Kreises müssen meines Erachtens deutlicher als bisher herausgestellt werden, nach sachlichen, finanziellen und zeitlichen Gesichtspunkten orientiert in Abstimmung und unter Einbindung der kommunalen Familie und der Menschen, für die wir hier stellvertretend sitzen.

Ich danke Ihnen.